**An die LAG autonomer Frauenhäuser, Beratungen und Notrufe in NRW**

**Solidaritäts-Erklärung**

Wir überbringen Euch solidarische Grüße unsres Bundesvorstandes und des ganzen Frauenverbands Courage. Wir sichern Euch unsere Unterstützung zu bei der Durchsetzung Eurer Forderungen unter dem Motto:

„Gewaltschutz geht vor – für starke Frauen und Mädchen in NRW“

Auch viele unserer Frauen mussten und konnten in höchster Not Beratungsstellen, Notrufe, enge Betreuung und Unterkunft in den Frauenhäusern in Anspruch nehmen.

So musste auch unsere Couragefrau Nicole Semek aus Kamerun in einem Frauenhaus in Essen Zuflucht nehmen, weil ihr deutscher Ehemann sie zur Prostitution zwingen wollte, nachdem sie gerade mal ein halbes Jahr in Deutschland mit ihm lebte. Nach deutschem Gesetz hätte sie bei ihm bleiben, seinen Forderungen nachkommen sollen, und 3 Jahre mit ihm in dieser Ehe leben müssen. Dann erst hätte sie ein eigenständiges Bleiberecht erhalten. Im Klartext: Es gibt bei uns ein gesetzliches 3-jähriges „Rückgaberecht“ für Männer, die ihre Frauen aus dem Ausland holen! Nachdem unsere Nicole nun zu früh aus ihrem ehelichen Martyrium in ein Frauenhaus floh, sollte sie abgeschoben werden.

Prostitution oder Abschiebung? Wir nennen dies Menschenverachtung.

Nicole ist nur eine der rd. 10.000 Frauen, die jährlich Schutz vor Gewalt in einem Frauenhaus suchen. Sie ist eine von den 75.000 Frauen, denen eine Frauenberatungsstelle, konkret unsere in Essen, letztlich auch in ihrem Prozess entscheidend geholfen hat, den Kampf gegen die unmenschliche Abschiebung zu gewinnen. Heute ist Nicole eine starke Frau mit eigener Wohnung und Job. Sie arbeitet mit bei Courage Essen und bestätigt Euer Motto „Gewaltschutz geht vor – für starke Frauen und Mädchen in NRW“.

Seit Monaten empört und bewegt uns der bestialische Mord an Madeleine durch ihren Stiefvater in Essen. Denn wir sind sicher: Sie könnte noch leben und ihre kleine Tochter hätte noch eine Mutter, wenn die Staatsanwaltschaft ihren Peiniger sofort, nachdem sie ihn wegen Vergewaltigung angezeigt hatte, eingesperrt hätte.

Auch sie war in Ihrer Not in einem Frauenhaus.

Doch der Stiefvater konnte die Verschleppung der Ermittlungen nutzen.

Er machte Madeleine ausfindig, ermordete sie grausam und betonierte sie vermutlich lebendig in seinem Schrebergarten ein.

So etwas darf sich nicht wiederholen!

Deshalb bleiben wir dran, bis die Versäumnisse der Staatsanwaltschaft restlos aufgeklärt sind! Sie konnte bei dem sexuellen Missbrauch an Madeleine keine Gewalt des Stiefvaters erkennen!

Sexueller Missbrauch und Vergewaltigung ist immer Gewalt und Gewaltschutz muss vorgehen.

Hier ist ein politischer Wechsel der Sicht- und Handlungsweise weg vom Täter- und hin zum Opferschutz notwendig und seine gesetzliche Festschreibung.

Auch deshalb unterstützen wir voll und ganz die Forderungen der LAG:

„Allen Betroffenen muss unmittelbar Schutz und Unterstützung zur Verfügung gestellt werden – und dies kostenlos.

Es kann nicht sein, dass Frauen, die vor der Gewalt ihres Partners fliehen müssen, für ihren Schutz selbst bezahlen sollen.

Der Schutz von Frauen und Kindern ist eine staatliche Pflichtaufgabe.

 Und dieser Pflicht muss die Politik endlich nachkommen!

Die rot-grüne Landesregierung muss endlich ihr 2012 im Koalitionsvertrag gemachtes Versprechen einer verlässlichen und angemessenen Finanzierung einlösen!“

**Courage Essen, 11. September 2014**